

Wichtig polnischen Staatsregierung sowie Vertreter des Oster-... Kommandos teil. Seitens der polnischen Behörden nahm Ministerpräsident Stępczowski während der ganzen Dauer an den Beratungen teil, während die einzelnen Minister mit den Referenten nur bei den Beratungen über ihre Ressorts zugegen waren. Das Ergebnis der Beratungen war folgendes: Gewisse Zweige der Verwaltung können den polnischen Behörden gleich nach Erlangung der Genehmigung der Zentralbehörden der Okkupationsmächte in Berlin und Wien übergeben werden. Andere, welche sich grundsätzlich schon jetzt zur Überweisung eignen, bedürfen der Besprechung der Einzelheiten, welche in besonderen Kommissionsberatungen erfolgen soll. Andere werden erst mit dem Augenblicke der Übernahme der gesamten Verwaltung durch die polnischen Behörden übergeben werden können.

Ein guter Fang!

Nikolai Nikolajewitsch und die Kaiserin-Witwe von Rußland in unserer Hand.

Aus Berlin wird gemeldet: Die Kaiserin-Witwe von Rußland, Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, Peter Nikolajewitsch und Alexander Michailowitsch sind auf dem Gute Djuibar südlich Jalta auf der Krim in unsere Gewalt gefallen. Sie waren bisher von 25 Matrosen bewacht und völlig von der Außenwelt abgeschnitten.

Eine Reuter-Blage.

Reuter meldet angeblich aus Moskau, der deutsche Gesandte Graf Mirbach, habe dem Volkskommissariat ein Ultimatum der deutschen Regierung mit einer Reihe von Forderungen überreicht, deren Annahme Rußland zu einem deutschen Schutzgebiet machen würden. Wolffe-Witko ist zu der Feststellung ermächtigt, daß diese Nachricht jeder Begründung entbehrt. Die mit dem Volkskommissariat geführten Verhandlungen stehen durchaus auf dem Boden des bester Friedensvertrages und betreffen lediglich die technische Durchführung der darin getroffenen Vereinbarungen. Sie werden in absolut verständlichem Tone geführt und sind ihrer ganzen Natur nach nicht dazu angehen, auch nur den Anschein eines Ultimatus zu erwecken. Reuter beabsichtigt offenbar durch derartige Blagen den schlechten Eindruck zu verwischen, den die Drohungen der Entente bezüglich Sibiriens bei der russischen Regierung hervorriefen, und diese sogar zu der Forderung der Abberufung des französischen Gesandten und einiger Ententefunkeln veranlaßte.

Russisch-ukrainische Friedensverhandlungen.

Die ukrainische Regierung ist mit der russischen Regierung übereingekommen, daß die Friedensverhandlungen zwischen den beiden Regierungen nicht in Kurland, sondern in Kiew stattfinden sollen. Die beiderseitigen Delegationen werden schon in nächster Zeit in Kiew zusammentreffen.

Rußland und Finnland.

Nach der in Helsinki von der dortigen diplomatischen Vertretung Rußlands herausgegebenen Zeitung „Ruskoje Wästnik“ hat der Minister des Äußeren Tschitscherin am 30. April dem Gesandten Joffe in Berlin den Auftrag erteilt, der Regierung Deutschlands und Sowjetrusses die Ernennung des Obersten Romanow zum russischen Vertreter in Finnland mitzuteilen und außerdem gegen die Beschlagnahme von russischen Roten-Kreuz-Schiffen durch die finnische Regierung zu protestieren. Nach dem gleichen Blatt gab der russische Marinekommissar folgende offizielle Erklärung ab: In bezug auf unsere politischen Beziehungen ist nunmehr volle Klarheit gewonnen. Deutschland vertritt nicht in Finnland bloß den Punkt des Friedensvertrages, der der Selbständigkeit Finnlands gilt. Im übrigen hat es nach Erklärung von deutscher Seite keine Aufgaben für eigene Rechnung.

Von Stadt und Land.

Aue, 14. Mai.

Die polnische Frage und der Frieden.

Am Sonntag abend sprach, wie schon kurz mitgeteilt, auf Einladung der hiesigen Ortsgruppe des Auerdeutschen Verbandes Herr Generalsekretär Wobberg vom Ostmarkenverein in Posen im „Blauen Engel“ über die polnische Frage und den Frieden. Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Herrn Professors Wunderlich, nahm Herr Wobberg das Wort, um zunächst auszuführen, daß die Lage für uns schwierig werden würde, sofern es uns nicht gelänge, die vom zaristischen Regiment losgelassenen Fremdböller an uns zu fesseln. Wenn nun die polnische Frage die schwierigste der jetzt zu lösenden östlichen Fragen geworden sei, so verdanken wir das der Politik des verstorbenen Rangklers v. Bethmann-Hollweg und den Polen selbst. In der polnischen Frage bereiten sich, wenn nicht sofort noch andere Maßnahmen mit weiser Tatkraft ergriffen werden, die Dispositionen für den nächsten großen Krieg vor. Der Redner suchte nun die Entwicklung des Polenproblems an der Hand der geschichtlichen Vorgänge darzutun und griff zu diesem Zwecke auf die frühesten Zeiten der deutschen Einwanderung in die Ostmark zurück. Die Besiedelung Ostpreußens sei eine Großtat des deutschen Volkes gewesen, die ihm kein anderes europäisches Volk nachgemacht habe. Der Wiener Kongreß 1815 habe die polnische Frage als eine internationale behandelt und überließ ihre Lösung als innere Frage den Teilmächten. Erst der jetzige Krieg habe sie zu einer Frage der Mittelmächte gemacht. Nach einer kurzen Schilderung der preußischen Ostmarkenpolitik, die, wie Redner sagte, fortwährend wankte und schwankte und seit 1870 einmal gewechselt habe, und deren Versöhnungsbestrebungen das Gegenteil von dem erreichten, was sie erreichen sollten, ging Redner auf die polnischen Revolutionen von 1830, 1846, 1848 und 1864 ein, besaßte sich mit den Ergebnissen der Caprivischen Polenpolitik

und stellte die Behauptung auf, daß eine jede Periode glückseliger Deutschumpolitik ein zahlenmäßiges Anwachsen des Deutschtums in der Ostmark zur Folge gehabt habe. Jedes Entgegenkommen dagegen werde von den Polen als Schwäche ausgelegt. Seit 1911 operiere man nun wieder mit der Versöhnungspolitik.

Der Redner wandte sich dann dem gegenwärtigen Kurse zu. Im jetzigen Kriege habe man mit dem Abbau der Polenpolitik begonnen. Dem müsse die Haltung der als deutsche Staatsbürger im deutschen Reich wohnenden Polen in den großen vaterländischen Angelegenheiten gegenübergestellt werden, so z. B. bei der Kriegsanleihe. Bei den ersten fünf Anleihen waren sie mit 0,98%, bei der 6. mit 5%, der 7. mit 11—12% vertreten und bei der 8. ist der Anteil ihrer Zeichnungen weiter stark zurückgegangen. Und doch hätte das Polentum, vermöge seines reichen Einlagebestandes bei den Sparkassen 400—500 Millionen zeichnen können. Ebenso verhielt es sich mit den Beiträgen der Polen zu den verschiedenen vaterländischen Liebesgaben (Rotes Kreuz usw.) für die die Deutschen in der Ostmark 250000 Mark aufbrachten, während die Polen nur etwas über 45000 Mark dafür übrig hatten. Der Redner führte einige weitere Beispiele an, um die Bestimmung der Polen darzutun. So erklärten sie zur Zeit der ersten Russeneinfälle bei Beginn des Krieges mit ruhiger Bestimmtheit, daß die Russen ihnen nichts tun würden und um sich gegen sie „immun“ zu machen, hielten sie das Bild der Mutter Gottes von Czestochowa an ihre Häuser und an ihre Brust, und daß sie hierin im Einvernehmen mit den russischen Soldaten handelten, ist erwiesen; für die in Deutschland internierten Russen spendeten die Polen eine Million Mk., während sie andererseits für die Golbankäufe der Reichsbank bisher garnichts getan haben. Die polnische Presse Deutschlands habe unseren Krieg mit überwölkter Neutralität behandelt. Die Polen wollen eben nicht verhöhnt sein und nur durch eine feste Politik und durch die Ueberzahl des Deutschtums werde erreicht werden, daß der Pole auch gegen seinen Willen germanisiert werde. Redner knüpfte hierauf an die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen an und meinte, jede Deutschumpolitik im Osten würde durch ein solches Wahlrecht unmöglich gemacht werden, weil ein solches Wahlrecht die unbedingte Uebermacht des deutschfeindlichen Polentums bringen müßte. Die schließliche Folge müßte die Auswanderung der Deutschen aus der Ostmark sein.

Herr Wobberg beschäftigte sich dann mit der Schaffung des selbständigen Polenstaates durch die Proklamation vom 8. November 1918 und mit ihren Wirkungen auf die Polen. Er schilderte zunächst die Ergebnislosigkeit der Werbungen für die polnische Armee, die den Mittelmächten eine Stütze im Kampfe gegen Rußland sein sollte, und verwies auf das klägliche Ende der verräterischen polnischen Legion, die den Grundstock dieser Armee bilden sollte. Heute sei es als ein wahres Glück anzusehen, daß sich keine polnische Armee gebildet habe. Nachdem Redner die Struktur der leitenden Kräfte des neuen Polenstaates und die Männer des Regimentsrates wie Erzbischof Rakowski und Fürst Lubomirski als ruffenfeindlich gekennzeichnet hatte, meinte er, daß die gegenwärtige Politik der Polen durch die Entente nicht nur beeinflusst, sondern daß die Polen von ihr wahrscheinlich auch finanziell unterstützt würden. Die von den Polen geplanten Gesandtschaften bei den Mittelmächten würden nichts anderes sein als Spionagerbüros für die Entente. Bisher haben die Polen ihre Forderungen durchgesetzt und es habe deshalb große Erbitterung unter den Deutschen in der Ostmark Platz gegriffen.

Der Redner schilderte dann das Interesse Österreichs an der polnischen Frage und meinte, daß ihre Lösung im österreichischen Sinne die schwerste Gefahr bedeuten und die Reime des nächsten Krieges in sich tragen würde. Die Schuld an dieser Entwicklung der Dinge trage allein Herr v. Bethmann-Hollweg. Das Beste wäre es, aus Polen eine Republik zu machen. Die Polen, sich selbst überlassen, würden sich dann wohl bald in die Haare geraten. Aber, man müßte den künftigen Polentkönig aus den Reihen der polnischen Magnaten wählen. Jedenfalls müßten die Deutschen strategische Sicherungen im Osten fordern zunächst durch deutsche Besiedelungen, die sich als lebendige Mauer zwischen uns und Polen ziehen. Wir müssen uns auch das polnische Erbe einverleiben, und müssen eine Militärkonvention und eine Zollunion mit Polen abschließen. Der polnische Staat dürfe ferner keinesfalls unmittelbar an Rußland grenzen, was Redner des Näheren begründete. Er schloß, indem er für den harten Kampf der Deutschen in der Ostmark die Hilfe der Deutschen im Reich erbat und indem er versicherte, daß die Deutschen in der Ostmark trotz alledem bis zuletzt ausharren und tapfer und treu zu Kaiser und Reich stehen würden.

Dem Redner wurde für seine fast zweistündigen Ausführungen lebhafter Beifall zu teil. Dem Danke der Versammlung gab noch besonders Herr Professor Wunderlich Ausdruck, der in einem sehr gehaltvollen Schlussworte dem Redner versicherte, daß sein Hilferuf nicht ungehört bleiben sollte.

Der König im Westen. Der König besuchte Sonntag, den 12. Mai, innerhalb nichtschäffischer Verbände stehende Truppenteile und durchfuhr das Sommer-Schlachtfeld. In dem Gelände, in dem Anfang September 1918 die Grenadier-Regimenter und das Schützen-Regiment sich zäh verteidigt haben und das Leib-Grenadier-Regiment ein verlorenes Dorf durch Sturmangriff zurückerobert hat, nahm der König einen Vortrag über die damaligen Ereignisse entgegen. Nach Besichtigung eines Bombengeschwaders stattete er einem Oberbefehlshaber einen kurzen Besuch ab und begrüßte sächsisch Beamte und Schwestern. Auch bot sich Gelegenheit, die durch englische Wesphlung hervorgerufene Herdringung von St. Quentin in Augenschein zu nehmen.

Justizminister Dr. Nagel 7. Wie schon gemeldet, ist der sächs. Justizminister Dr. Nagel Sonntag an den Folgen einer plötzlichen schweren Halsentzündung gestorben. Diese Todesstunde wachte in den weitesten Kreisen lebhaften Teil-

nahme, da Dr. Nagel noch in der Fülle seiner Schaffenskraft mitten aus seiner amtl. Tätigkeit herausgerissen wurde und erst noch in den letzten Tagen in den Kammerungen mit gewählter Frische seinen Geschäftsbereich vertrat. Dr. Arthur Paul Nagel war im Jahre 1866 in Dresden als Sohn des früheren Professors der Geodäsie an der Dresdner Technischen Hochschule geboren. Er besuchte das Gymnasium seiner Vaterstadt und studierte in Leipzig Jura. Am 1. August 1877 trat er in den juristischen Vorbereitungsdienst, wurde 1884 Staatsanwalt in Leipzig und 1893 Vorsitzender der Kammer für Handelsachen. Im Jahre 1894 wurde er zum Landgerichtsdirektor am Landgericht in Leipzig ernannt und 1897 als Oberlandesgerichtsrat nach Dresden berufen. Im Februar 1898 wurde er Hilfsarbeiter bei der Reichsanwaltschaft in Leipzig und 1899 Reichsanwalt. Von 1903 bis 1908 gehörte er daneben der vom Reichsjustizamt eingesetzten Kommission zur Reform der Strafprozedur als Mitglied an. Am 4. August 1912 wurde er zum sächs. Justizminister ernannt. Der sächs. Staatsanz. widmet ihm einen ehrenvollen Nachruf, in welchem er a. heißt: „Ein glänzender Jurist von hervorragender Begabung, umfassendem Wissen und ausgezeichnet durch klaren durchdringenden Verstand ist mit Minister Dr. Nagel jäh aus rüstigstem Schaffen herausgerissen worden. Seine hervorragende Tatkraft, sein großzügiges Verständnis für alle auch die außerhalb seines engeren Geschäftsbereichs liegenden Staatsaufgaben und sein vornehmer Wesen werden für alle, die den Vorzug hatten, ihm im Leben näherzutreten, stets ein leuchtendes Vorbild sein.“

Kriegsauszeichnungen. Dem Befreiten Max Emmerlich, bei einer Fernsprech-Betriebsabteilung, wohnhaft Wettinerstraße 53, wurde die Friedrich-August-Medaille in Bronze verliehen. — Der Masch.-Gew.-Schütze Albert Behrler erhielt das Eisene Kreuz zweiter Klasse. — Der Wägelweber Karl Kästner, Polizeiregistrator hier, erhielt das Ehrenkreuz mit Schwertern. Er besitzt bereits das Eisene Kreuz zweiter Klasse und die Friedrich-August-Medaille in Silber. — Der Befreite Bernhard Frick, Zeichner in der Maschinenfabrik von Erdmann Kirchs in Aue, der schon vor längerer Zeit mit der Silbernen Friedrich-August-Medaille ausgezeichnet worden ist, erhielt jetzt das Eisene Kreuz zweiter Klasse. — Der Schütze Hans Korb, Sohn des Portwärters Emil Korb, Schützenstraße 5, ist mit dem Eisernen Kreuz zweiter Klasse ausgezeichnet worden.

Bodensmittel am Mittwoch: Marmelade.

Ausführung der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Aue und Umgebung. Am vergangenen Sonntag fand in der „Vederschürze“ eine ordentliche Auskühlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Aue und Umgebung statt. Wie wir dem Jahresbericht entnehmen, haben die besonders im letzten Jahre eingetretenen Erkränkungen bezüglich der Ernährungsverhältnisse die Kassenleistungen stark beeinträchtigt. Die Zahl der Krankheitsfälle ist erheblich gestiegen, dagegen ist die Krankheitsdauer zurückgegangen. Diese scheinbar günstige Abnahme der Krankheitsdauer hängt eng mit der starken Zunahme der Krankheitsfälle zusammen, die wiederum in der großen Zahl der Magen- und Darmkrankungen ihre Erklärung findet. Die Einnahmen gegen das Vorjahr sind um rund 19 Proz. gestiegen, während die Ausgaben eine Steigerung von etwa 40 Proz. erfahren haben. Das Krankengeld ist allein um 70 Proz. gestiegen. Die fortgesetzte Preissteigerung der Arzneimittel, sowie überhaupt die starke Kostenerhöhung aller Artikel der Krankenpflege machte sich sehr fühlbar. Das Kassenermögen ist um 7049,92 M. bzw. 5774,72 M. zurückgegangen. Die Jahresrechnung wurde abgenommen und dem Kassenvorstande wurde Entlastung erteilt. Der Gemeindevorstand Aue wurde für das Jahr 1918 eine Unterstützung von 800 M. bewilligt. Dem Wohlfahrtsverein Sosa wurde ein einmaliger Beitrag von 50 M. zu den Einrichtungskosten zugesprochen. Sodann wurde einstimmig der Beitritt der Kasse zu dem Verbände der Krankenkassen im Bezirke der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, St. Aue, beschlossen. Die aufgestellte Verbandsatzung wurde anerkannt.

Circus Strahburg in Aue! Der bekannte Circus Strahburg wird am Sonntag den 18. Mai mittels Sonderzug hier in Aue eintreffen und am selben Abend 8 Uhr sein Gastspiel eröffnen. Während der Pfingstfeiertage bis einschließlich Donnerstag finden Vorstellungen statt. Der Circus bietet sehr reichhaltige Abwechslung, so daß jeder Besucher auf seine Kosten kommen dürfte. Näheres siehe Anzeiger.

Stadtkinder aufs Land. Von der Rgl. Kreis-Hauptmannschaft Jwidau erhalten wir folgende Zusätze: Der Vandesauschüß „Stadtkinder aufs Land“ hat es auch in diesem Jahre unternommen, der großen Zahl erholungsbedürftiger Kinder aus den Städten und Vorstädten zu einem mehrwöchentlichen Landaufenthalte zu verhelfen. Die Gemeindevorstände, Wärrer und Synall. d. des hiesigen Bezirkes haben ihre Kräfte in den Dienst der guten Sache gestellt und sich bereit erklärt, die Werbung der Mittelstellung der Kreisstelle „Stadtkinder aufs Land“ bei der Kreis-Hauptmannschaft besetzt werden. An die Landbewohner, besonders an die landwirtschaftlichen Kreise, ergeht nunmehr die bringende Bitte, soweit es sich irgend ermöglichen läßt, Kinder in ihrer Weite aus mehreren Wochen aufzunehmen. Man wende sich an die als Ortsauschüße tätigen Wärrer und Lehrer, die gern bereit sind Auskunft zu geben und Ausnahmefälle entgegenzunehmen. Es soll hier nur darauf hingewiesen werden, daß nur gesunde Kinder beiderlei Geschlechts im Alter von 6 bis 14 Jahren in Frage kommen, die in ihrem Alter entsprechender Weise zu häuslichen und landwirtschaftlichen Arbeiten herangezogen werden können. Auf Wunsch wird den Wärrern eine angemessene Entschädigung gewährt. Der Aufenthalt wird in der Regel vier Wochen dauern. Den Kindern werden durch den Kommunalverband besondere Hüslichkeit mit teilsarten überwiehen. Ein vaterländisches Werk der Nächstenliebe erfüllt, wer nach den entbehrungsreichen Wintermonaten Stadtkinder aufnimmt und ihnen hierdurch neben kräftiger Ernährung Verewnung in gesunder freier Luft verschafft oder wer Pflegeeltern wird.